



Start eines kommerziellen europäischen Satelliten. Die EU will in den kommenden Jahren mehr strategische Autonomie aufbauen. Foto: AFP/Amiet

## EU-Satelliten für sicheres Internet

**Brüssel** – Die Europäische Union will mit einem Satellitenverbund sichere Kommunikation für Unternehmen und Bürger gewährleisten. Unterhändler des EU-Parlaments und der Mitgliedstaaten einigten sich am Donnerstagabend auf den Aufbau einer so genannten Satellitenkonstellation namens Iris<sup>2</sup> (Infrastructure for Resilience, Interconnection and Security by Satellites). Dafür sollen in den kommenden Jahren 2,4 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt kommen, wie aus einer Mitteilung hervorgeht.

„Das ist historisch!“, twitterte der zuständige EU-Kommissar Thierry Breton nach der Einigung. Die EU füge damit ihrer strategischen Weltinfrastruktur eine dritte Komponente hinzu – neben dem Satellitennavigationssystem Galileo und Kopernikus, das zur Erdbeobachtung eingesetzt wird.

„Dieses Programm ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr strategischer Autonomie Europas“, sagte die CSU-

Europaabgeordnete Angelika Niebler. Der Krieg in der Ukraine habe gezeigt, dass Europa bei der Satelliten- und telekommunikation bislang komplett von Drittstaaten oder privaten Unternehmen abhängig sei. „Das heute beschlossene Programm soll dies ändern“, sagte Niebler.

Iris soll vor allem die Widerstandsfähigkeit der EU-Systeme – auch zum Schutz von kritischer Infrastruktur wie Energienetzen oder der Gesundheitsversorgung – sowie den Zugang von Bürgern und Unternehmen zu schnellem Internet sichern.

Aber nicht allein in Europa sollen Funklöcher beim Highspeed-Internet gestopft werden, sondern auch in strategischen Regionen wie Afrika und der Arktis soll die Anbindung ermöglicht werden. Ab 2027 sollen die neuen Dienste voll einsatzfähig sein.

Die Einigung muss noch vom EU-Parlament und den Mitgliedstaaten bestätigt werden, das gilt jedoch nur noch als Formsache. (dpa)

# „Wenn ich untergehe, geht ihr mit mir unter“

Der türkische Präsident Erdogan versucht, die Kurden zu spalten – und nützt dafür auch den Anschlag von Istanbul. Ihm droht der Machtverlust.

Von Floo Weißmann

**Istanbul** – Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan befindet sich in einem politischen Überlebenskampf. In dieser Situation sei Erdogan „alles Mögliche“ zuzutrauen, sagte Cengiz Günay vom Institut für Internationale Politik in Wien der *TT*. Er sieht die Türkei in einer ebenso schmerzlichen wie gefährlichen Übergangsphase.

2023 finden Präsidenten- und Parlamentswahlen statt. Nach zwei Jahrzehnten, in denen Erdogan und seine islamisch-konservative AKP die türkische Politik dominierten, gebe es „zum ersten Mal eine realistische Chance, dass die Opposition die Regierung und vor allem den Präsidenten besiegen kann“, sagt Günay. Für beide Seiten geht es dabei um sehr viel, das Land sei stark polarisiert.

Das zeigt sich auch in der Reaktion auf den Anschlag von Istanbul am Montag, bei dem sechs Menschen starben und mehr als 80 verletzt wurden. Die türkische Führung zeigte sofort mit dem Finger auf militante Kurden, präsentierte eine Tatverdächtige aus Syrien und ließ Tutzende Menschen festnehmen.

Doch die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und die syrische Kurdenmiliz YPG dementierten jede Verwicklung in den Anschlag, und auch die türkische Öffentlichkeit zweifelt an Erdogans Version, berichtet Günay. „Die



Recep Tayyip Erdogan dominiert die türkische Politik seit zwei Jahrzehnten. Jetzt kann er sich auch mit Repression kaum noch halten. Foto: imago

Logik spricht dagegen, dass eine syrisch-kurdische Gruppe jetzt einen Terroranschlag macht.“ Erdogan habe bereits mit einem Militärschlag oder einer Invasion gedroht. „Also warum sollte man jetzt provozieren?“ Deshalb gebe es auch kein nationales Zusammenrücken, wie das sonst nach Anschlägen stattfindet.

Die kurdische Minderheit kann bei der Wahl das Zünglein an der Waage spielen. Doch die KurdInnen sind kei-

ne homogene Gruppe und wählen nicht automatisch die eher linksorientierte prokurdische HDP. Es gebe auch viele konservative KurdInnen, „die der PKK bzw. der linken kurdischen Bewegung gegenüber kritisch eingestellt sind und sich eher bei der AKP aufgehoben fühlen“, sagt Günay. Erdogan versuche deshalb, die HDP in ein radikales Eck zu drängen und so die Minderheit zu spalten.

Der Anschlag und die Re-

aktion darauf treffen auf eine aufgeladene innenpolitische Atmosphäre. „Der Zenit der AKP und Präsident Erdogans ist bei Weitem überschritten“, sagt Günay. Aber das Regime klammert sich mit allen Mitteln an die Macht. Dazu gehören u. a. die Kontrolle über den Großteil der Medien, Internet-Zensur, die Verfolgung von politischen Gegnern und Einschränkungen für die Opposition. Beispielsweise würden Gouverneure Veranstaltungen verbieten und dabei Sicherheitsbedenken vorschleppen, sagt Günay. „Trotz all dieser autoritären Maßnahmen hat die Regierung im Moment Schwierigkeiten, die 50 Prozent zu erlangen.“

Der drohende Machtverlust hat aber nicht nur Folgen für den Präsidenten und seine Partei, sondern auch für deren Günstlinge und Anhänger. Erdogans Botschaft sei: „Wenn ich untergehe, geht ihr mit mir unter“, sagt Günay. Viele im AKP-Lager hätten deshalb „das Gefühl, dass ihnen quasi die Lebensgrundlage verloren geht, wenn die Opposition gewinnt“.

Dieselbe Zuspitzung findet auf der Gegenseite statt. Viele Intellektuelle, junge Leute und Unternehmer würden für sich keine Zukunft mehr in der Türkei sehen, wenn die AKP und Erdogan noch einmal gewinnen. „Alles starrt jetzt nur mehr auf diese Wahl“, sagt Günay. Und es sei zu befürchten, dass die Spannungen weiter zunehmen.

## Iran: Revolutionsführer im Visier

Demonstranten sollen Haus von Ayatollah Khomeini in Brand gesteckt haben.

**Teheran** – In sozialen Medien wurden Videoaufnahmen verbreitet, die ein Feuer im Haus des Gründers der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Ruhollah Khomeini, zeigen. Regierungskritikern zufolge wurde das Gebäude von Demonstranten in Brand gesteckt. In Meldungen der halbamtlichen Nachrichtenagentur Tasnim hieß es jedoch, das Haus des verstorbenen Revolutionsführers brenne nicht. Eine kleine Zahl von Menschen habe sich vor dem Gebäude versammelt. Die Videoaufnahmen zeigten Dutzende Menschen vor dem

Gebäude, die jubelten, als dort ein Feuer aufblitzte. Das regierungskritische Netzwerk *1500Tasvir* teilte mit, der Vorfall habe sich am Donnerstagabend in Khomeinis Geburtsstadt Khomein ereignet. Der Ort liegt südlich der Hauptstadt Teheran. Das Haus war in ein Museum umgestaltet worden. Khomeini starb im Jahr 1989. Sein Nachfolger Ayatollah Ali Khamenei sieht sich mit anhaltenden Protesten konfrontiert. Im Iran demonstrieren seit Wochen landesweit Tausende Menschen gegen das Regime. (TT, APA, Reuters)



Videoaufnahmen sollen Demonstranten vor dem brennenden Haus des Gründers der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Khomeini, zeigen. Foto: AFP

## Nordkoreas Gruß an den Apec-Gipfel

**Bangkok** – Neue Sorgen über Nordkoreas Raketenbedrohung haben den Asien-Pazifik-Gipfel (Apec) in Bangkok überschattet. Wenige Stunden vor Beginn des zweitägigen Treffens in Thailands Hauptstadt feuerte Nordkorea erneut eine atomwaffenfähige Rakete ab, die theoretisch US-Territorium erreichen kann. Die Vertreter aus den USA, Südkorea, Japan, Australien, Kanada und Neuseeland kamen daraufhin umgehend am Rande des Gipfels zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen.

Die Rakete soll in Japans exklusiver Wirtschaftszone ins Meer gestürzt sein. Japans Premier Fumio Kishida kommentierte den Raketentest als „absolut nicht hinnehmbar“. Er rief die Welt zu gemeinsamem Handeln mit dem Ziel auf, Nordkorea komplett zu denuklearisieren. US-Vizepräsidentin Kamala Harris sprach von einem schamlosen Verstoß gegen UNO-Resolutionen. Südkoreas Ministerpräsident Han Duck-soo erklärte, solche „illegalen Aktivitäten“ würden „niemals toleriert“. (TT, APA, dpa)

### Kurzmeldungen

#### Stromnetz in Ukraine zerstört

**Kiew** – Russische Raketenangriffe haben das ukrainische Stromnetz offenbar noch stärker beschädigt als bisher bekannt. „Beinahe die Hälfte unseres Energiesystems ist ausgefallen“, sagte Regierungschef Denys Schmyhal gestern. Die Ukraine benötige daher zusätzliche Unterstützung von der EU im Energiebereich und auch finanziell, so Schmyhal. (dpa)



Auch in Odessa in der Südukraine gingen die Lichter aus. Foto: AFP/Gimano

#### Polen überwacht Grenzzaun

**Warschau** – Polen hat mit der Installation eines elektronischen Überwachungssystems am neu errichteten Zaun an der Grenze zu Belarus begonnen. Die elektronische Überwachung und der 5,5 Meter hohe Zaun seien „wichtige Instrumente zur Bekämpfung der illegalen Migration“, so Innenminister Kaminski. (dpa)

#### Bombenanschlag in Nordirland

**Belfast** – In Nordirland haben zwei Polizisten einen Bombenanschlag unverletzt überlebt. Die Terrororganisation Neue IRA, die mit Gewalt für eine Vereinigung mit dem Nachbarstaat Irland kämpft, steht im Verdacht, den Anschlag verübt zu haben. Die Polizei ermittelt wegen vermuteten Mordes. (dpa)

#### 138 Hinrichtungen in Saudi-Arabien

**Riad** – Saudi-Arabien hat in diesem Jahr bereits doppelt so viele Menschen hingerichtet wie im Vorjahr. In diesem Jahr gab es laut der Nachrichtenagentur AFP bisher 138 Hinrichtungen, im vergangenen Jahr 69. Zuletzt wurde am Donnerstag ein Jordanier wegen des Schmuggels von Amphetaminen hingerichtet. (AFP)

#### Karner kritisiert Schengen-System

**Wien** – Österreich wird einer Erweiterung des Schengen-Asylsystems nicht zustimmen. „Es ist funktionslos“, sagte Innenminister Gerhard Karner (ÖVP), und könne daher nicht noch größer gemacht werden. Heuer seien im Binnenland Österreich bereits 100.000 Migranten aufgegriffen worden. (APA)